

Augsburger Aktionsbündnis

„Rettet die Versammlungsfreiheit“

Protokoll vom 09.07.2008 bei 'Tür an Tür'

nächster Termin: 30. Juli ab 20.00 Uhr bei 'Tür an Tür' (bestätigte Reservierung)

TOPs

- 1. Aktuelles und Nachbereitung**
- 2. Petitionsausschusssitzung des Landtags am 10.07.**
- 3. Finanzen**
- 4. Zukunft des Bündnisses**

1. Aktuelles und Nachbereitung

a) *Demonstration in München vom 21. Juni*

- Demonstration wird als erfolgreich gewertet trotz und gerade im Hinblick auf die mangelhafte Mobilisierung durch die Gewerkschaften bayernweit.
- Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 2000 (Tagesschau), 5000 (Veranstalter) und 7000 (unklare Internetquelle)
- ca. 70 Augsburger Teilnehmer
- wie leider erwartet kein Presseecho in der Augsburger Allgemeinen

b) *Änderungsanträge der CSU-Fraktion*

- einhellig als nur geringe Verbesserungen und großteils oberflächliche Glättungen abgelehnt

c) *Unterschriftenübergabe an OB Gribl*

- kurzfristiger Termin ist von Seiten des Bündnisses gut verlaufen – OB Gribl bezog keine klare Stellung und hinterließ den Eindruck der Posteingangsstelle eher als des OB der Stadt
- 703 Unterschriften konnten unter Anwesenheit eines AZ-Photographen übergeben werden
- Artikel bisher nicht erschienen in AZ
- Spontan-PM soll bündnisintern veröffentlicht werden, Neuauflage unter Einbeziehung der aktuellen Lage (Petitionsausschusssitzung) soll zeitnah versandt werden
- Nachfrage hinsichtlich Behandlung der Unterschriften soll erfolgen

2. Petitionsausschusssitzung des Landtags am 10.07.

- mehr als 200 Eingaben sind verzeichnet
- vielfach individuelle Eingaben im Umfang von jeweils ca. 2 Textseiten
- es werden kaum Chancen auf faktische Einflussnahme gesehen – bestehende Hoffnungen auf Presseecho zur Information und Anknüpfung im Gespräch mit der Bevölkerung
- Treffen für Fahrt von Augsburg 7.45 Uhr in Bahnhofshalle

3. Finanzen

- 115 EURO (inkl. Spenden von Privatpersonen) des von den Bündnispartnern zugesagten Geldes sind vorhanden.
- 100 EURO werden Freitag, 11. Juli, zur Unterstützung von ver.di-München auf das entsprechende Konto überwiesen
- Verbleib von 15 EURO Bargeld in Kasse
- Aufforderung an alle Bündnispartner, zugesagte Beträge bereitzustellen
- Aufforderung, offene Rechnungen (z.B. Zeughaus-Miete) zur Begleichung einzubringen

4. Zukunft des Bündnisses

- einhellige Meinung: nach Verabschiedung des Gesetzes soll das Bündnis erhalten und auf eine Erweiterung (besonders hinsichtlich kirchennaher Gruppen) abgezielt werden
- weitere, intensiviertere Information der Bevölkerung
- attraktive, provozierende Aktionen als Mittel, gezielt Elemente des Gesetzes bekannt zu machen und dabei entsprechendes Medienecho zu erzeugen
- Verfolgung bzw. Dokumentation von Gesetzesauswirkungen
- intensiviertere Vernetzung mit Gesetzesgegnern (lokal, bayernweit und voraussichtlich bundesweit)
- Möglichkeit einer Klage und einer entsprechenden Kampagne
- gezielte Information in das Bündnis durch alle Partner und rechtzeitige Treffensankündigung ca. 1 Woche vorher gefordert